

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Wagnispreis in der Stadt für Abholer monatlich 21 M., durch Boien bezogen monatlich 23 M., bei Wochenausgabe monatlich 21 M., frei Haus. Erscheint wochentlich nachmittags. Einzelnummer 1.50 M. Postbezugskonto: Amt Bezugs Nr. 16 634. Geschäftsstelle: Kälberstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spaltenweiser Millimeter Saubraum 1 M., und der Spaltenweiser Millimeter Kleinraum 1 M. Kleine Anzeigen bei deren Ausgabe mit 600 M. in Zahlung 6 M. Die laufende Monatsabrechnung wird vom Belegert angenommen. Preisgebühre 75 Pf. Porto besonders zu zeigen. (S. 1 u. 2) vormittags 11 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 139.

Freitag, den 16. Juni 1922

162. Jahrgang.

Tageschronik

Die Haager Konferenz wurde gestern unter dem Einfluß der Öffentlichkeit eröffnet.
Die Reichsregierung sieht dem drohenden Rückgang der Mark wertlos gegenüber.
Zwischen Frankreich und England soll ein Abkommen über die Verlängerung der Rheinlandbesetzung bis zur völligen Tilgung der deutschen Schulden.
Die Bestimmungen über die Hebergabe Österreichs sind nach langwierigen Verhandlungen unterzeichnet worden.
Auf Verlangen der Entente wird jetzt die Schupo ihres Wertes immer mehr beraubt.

Sinter verschlossenen Türen.

Die Eröffnung der Haager Konferenz.
Daag, 15. Juni. Bei der Eröffnung der Haager Konferenz begrüßte der Minister des Äußern van Karnebeck die Teilnehmer namens der niederländischen Regierung. Die niederländische Regierung sei der Meinung, daß es sehr vorteilhaft sein könne, auf neue zu verweisen, das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands und des Wiederaufbaus des Friedens auf einer gemeinsamen Grundlage zu lösen. Karnebeck wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus den tiefgehenden Unterschieden in den Prinzipien und Methoden Sowjetrusslands und denen der Verwaltungen der übrigen Staaten ergeben und darauf, daß das in Rußland herrschende System den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes zu hindern scheine. Nach der bedeutungsvollen Konferenz in Genoa sei eine neue Periode eingetreten, die Wege zur ruhigen Ueberlegung öffne. Die Versammlung wählte van Karnebeck einstimmig zum Vorsitzenden der Konferenz.

Es sind bis jetzt 26 Staaten vertreten.
Das erste offizielle Kommuniqué gibt der Konferenz den sehr einfachen Namen „Haager Konferenz“ und legt nur etwas rätselhaft in Klammern dahinter: **Erste Kommission nicht-russisch, zweite Kommission russisch.** Diese Formulierung wird wahrscheinlich auch wieder ihre Vorgeschichte haben. Die Zusammensetzung der Delegationen, die noch nicht alle eingetroffen sind, ist ziemlich durcheinander. Die meisten Staaten haben neben ihrem Hauptdelegierten den Heiligen Geandten als Stellvertreter genannt. Die Delegationen erscheinen in ziemlich willkürlicher Stärke. So haben die Engländer fünf, die Franzosen nur einen. Belgien und Italien zwei, die Spanier aus meistens zwei. Am Freitag wird in der Besprechung über die Geschäftsordnung in die Vorverhandlungen eingetreten, die Zahl der zur ständigen Kommissionen usw. Jedenfalls kommt dabei zur Sprache, in welcher Weise die Teilnahme der Russen an den Verhandlungen geregelt werden soll.
Vor der Sitzung kam es zu einem zweimaligen Durchbruch der Abbringerungen durch anwesende Journalisten.

Es war zwar vorher bekanntgemeldet, daß es keine öffentliche Sitzung sein werde, vielleicht ist aber der Zwischenfall eine Erinnerung daran, daß die Presse das Recht hat, über den Gang der Ereignisse unbedingt unterrichtet zu werden.

Zugleich mit der Haager Konferenz wurde am Donnerstag in Haag die Session des Internationalen Gerichtshofes eröffnet. Der Internationale Gerichtshof soll sich u. a. darüber aussprechen, ob die wichtige Frage der Einführung des Achtundtags in der Randviertel unter die Kompetenzen der internationalen Arbeiter-Organisationen fällt oder nicht.

Die Sowjetdelegation für den Haag.

Moskau, 15. Juni. Als Vertreter der Sowjetregierung für die Haager Konferenz wurden Katorow, Krestinski und Sokoloff bestimmt. Während der Haager Verhandlungen dürfte Tschicherin voraussichtlich in Berlin bleiben, um die direkten Zusammenhänge mit der Haager Delegation aufrechtzuerhalten.

Ein englisches Votum für die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.

Das englische Parlamentskomitee der Bereinigung für den Völkerbund hat im Unterhause eine Sitzung abgehalten, an der mehr als vierzig Parlamentsmitglieder teilnahmen. Es sprach sich einstimmig für die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund in einer Resolution aus und zwar wie folgt: „Die Teilnahme Deutschlands an der nächsten Sitzung des Völkerbundes ist für den Frieden Europas von größter Wichtigkeit.“

Die Regierung erwägt die nötigen Maßnahmen.

Wie die Mark stabilisiert werden soll.
Bekanntlich hat die Regierung sich vor einigen Tagen auch mit der Frage beschäftigt, wie einem weiteren Sinken des Markkurses vorgebeugt werden soll. Es wurde darauf offiziell und inoffiziell verbreitet, die Regierung werde im Notfall sofort die nötigen Maßnahmen ergreifen, um den Markkurs zu stabilisieren. Heute erklärt unser Berliner Vertreter von unrichtiger Seite, wie sich der Reichsfiskus die Stabilisierung des Markkurses denkt. Er äußerte nämlich in der erwähnten Besprechung, daß durch bestmögliche Einziehung der direkten Steuern und der Zwangsanleihe ein großer Einfluß auf den Geldmarkt zugunsten der deutschen Markthörnung ausgeübt werden würde.!!) Daneben schlug er vor, daß die indirekten Steuern sofort in Angriff genommen werden müßten. Von demokratischer Seite wurde dem Reichsfiskus entgegen gehalten, daß diese Mittel niemals hinreichen würden, den Rückgang der Mark aufzuhalten. So verließ diese Besprechung im Sande, zumal der demokratische Einwand wirksam war. Es blieb bei der öffentlichen Versicherung der Regierung, daß sie „bei einem weiteren Sinken des Markkurses die nötigen Maßnahmen in Erwägung ziehen werde.“
Ein fälschliches Eingeländnis amtlicher Ignoranz und Unfähigkeit läßt sich nicht vorstellen!

Die Schwierigkeiten des Rapallo-Vertrages.

Bei den letzten Verhandlungen über die Ausnutzung des Rapallo-Vertrages kam sofort seitens der Regierung wie seitens der Industrie zum Ausdruck, daß es beiderseitig unmöglich wäre, jetzt den Rapallo-Vertrag auszunutzen, weil Rußland nicht in der Lage sei, irgendwelche Zahlungen zu leisten, Deutschland aber nicht imstande wäre, längeren Kredit zu gewähren. Infolgedessen hängt die Ausnutzung des Rapallo-Vertrages ganz von dem Ergebnis der Haager Konferenz ab, hauptsächlich davon, ob im Haag Rußland ein größerer Kredit bewilligt werden wird. Ist dieses der Fall, so wird Deutschland auch in der Lage sein, seine Handelsbeziehungen mit Rußland zu erweitern, es hält Rußland keinen Kredit, so steht der Rapallo-Vertrag lediglich auf dem Papier, und es wird dann von der deutschen Industrie abhängen, ob sie mit Rußland arbeiten will, indem sie Rußland Kredit gewährt.

Ein argentinisch-deutsches Warenabkommen.

Ein Vertreter der argentinischen Regierung unterzeichnete unter Vorbehalt der Zustimmung seiner Regierung einen Vertrag, in dem sich Argentinien verpflichtet, jährlich einem deutschen Syndikat 60 000 Stück Eisen und 60 000 Tonnen Getreide zu liefern. Die Gegenleistung soll in Waren erfolgen.

Das gezeichnete russisch-italienische Handelsabkommen.

Wie wir hören, ist das zwischen Rußland und Italien geschlossene Handelsabkommen von russischer Seite abgelehnt worden. Man führt dies auch in der Hauptsache auf die Krankheit Lenin zurück, der seinen Einfluß nicht durchsetzen konnte, daß dieses Abkommen ratifiziert wurde. Die Ablehnung erfolgte russischerseits, weil die Konzeptionen, die Italien gemacht worden sind, als zu groß angesehen wurden. Es werden voraussichtlich neue Verhandlungen mit der italienischen Regierung über die Abänderung des Handelsvertrages eingeleitet.

Wieder ein Bruch des Handelsvertrages?

Englich-französisches Einvernehmen über eine längere Rheinlandbesetzung.

Paris, 16. Juni. In der gestrigen Sitzung des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten wurde folgende wichtige Frage agendisiert: Briand hatte als Ministerpräsident in einer der Sitzungen der Senatskommission erklärt, daß eine Verpflichtung bestünde, durch die England sich damit einverstanden erklärt, die Besetzung des linken Rheinufer solange als legitim zu betrachten, bis Deutschland die vorgeschriebenen Zahlungen geleistet habe.

Nach Briand sollen schriftliche Beweise für diese englische Verpflichtung vorliegen. Die Senatskommission wünscht nunmehr, daß gründliche Nachforschungen im Ministerium des Äußeren angestellt werden, um diesen Punkt aufzuklären.

Arbeitslosigkeit im Ausland.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Ausland hat eine interessante Wendung genommen. Bis vor kurzem noch ging bei fast allen Ländern die Zahl der Arbeitslosen ständig weiter nach oben. Immer mehr Länder, vor allen Dingen die höherentwickelten, sahen sich von Arbeitslosigkeit mit ihren üblen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen bedroht. In dieser Entwicklung ist nunmehr ein deutlich erkennbarer Umkehrpunkt eingetreten. Gerade bei den größten und wichtigsten industriellen Ländern ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, während sie nur bei einigen kleineren Ländern eine Zunahme erfahren hat. So z. B. ist nach dem „Reichsarbeitsblatt“ in England die Zahl der Unterbeschäftigten, gegen Arbeitslosigkeit Betroffenen (am 1. April d. J. ungefähr 12 Millionen Arbeitnehmer) zurückgegangen von 17,3% im Mai 1921 auf 16,2%. Ende 1921 und 14,4% im April 1922. Belgien, das noch im Sommer 1921 91 000 Arbeitslose zählte, hatte im Februar 1922 nur noch 42 750 Arbeitslose; die Zahl der Kurzarbeiter ging herunter von 141 000 im März 1922 auf 32 000 im entsprechenden Monat des Jahres 1922; von den der Arbeitslosenlisten angeschlossenen Arbeitern waren im Mai 1921 noch 32,3% arbeitslos, Anfang 1922 dagegen nur noch 10,1%. In Canada sank die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder von 16,5% im März 1921 auf 10,6% im entsprechenden Monat 1922. Sogar in der Schweiz, die wegen ihrer hohen Saläre bisher unter Arbeitslosigkeit besonders zu leiden hatte, waren im April d. J. nur noch 81 000 Arbeiter gänzlich arbeitslos gegenüber fast 100 000 im Februar d. J. Dasselbe Beobachtung läßt sich in den nordischen Ländern machen, wo z. B. in Dänemark die Zahl der Arbeitslosen in den gewerkschaftlichen Registerbüchern von 33,1% im Februar d. J. auf 24% im April gefallen ist, und in Schweden, wo sich die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder von 35% im Januar auf 31,3% im April vermindert hat. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit haben von den europäischen Ländern nur zu verzeichnen die Niederlande, Italien und Norwegen; aber auch hier ist sie (mit Ausnahme von Italien, das ganz außerordentlich unter Arbeitslosigkeit zu leiden hat) nur verhältnismäßig unbedeutend geblieben (z. B. Holland von 64 740 Höchststand Anfang 1921 auf nur 65 600 Anfang 1922).

Aus den hier wiedergegebenen Zahlen läßt sich schließen, daß die Arbeitslosigkeit in der Welt annehmend ihren Höchststand hinter sich hat. Damit ist von sehr vielen wichtigen Ländern ein Druck genommen, der vor allem in der Befürchtung bestand, daß teilweise schon seit langer Zeit bestehende und in großem Umfang aufgetretene Arbeitslosigkeit zu folgenreichen politischen und sozialen Bewegungen führen könnte. Es besteht kein Zweifel, daß gerade diese Furcht die meisten Staaten (insbesondere England und Italien) einer gründlichen Revision der uns auferlegten Verpflichtungen geneigt gemacht hat. Je weniger stark nun der Druck der Arbeitslosigkeit ist, desto ungünstiger werden für uns die Aussichten einer gründlichen Revision der Verpflichtungen von Versailles. Unsere gerade in der letzten Zeit wieder begangenen Hoffnungen werden darin liegen, wenn die Arbeitslosigkeit in der Welt annehmend besser bestellt, geschwunden ist, oder wenn sogar, was zu befürchten steht, die Arbeitslosigkeit in unser eigenes Land getragen wird. Deshalb müssen unsere Anstrengungen auf gründliche Revision von Versailles jetzt verdoppelt werden. Das hat besonders für die Antilehns-Verhandlungen zu gelten, bei denen wir uns ganz entschieden zur Wehr setzen müssen, damit sie nicht hauptsächlich dem Ziel dienen, eine solche Marktentwicklung herbeizuführen, daß den Entente-Mächten gebietet, uns dagegen geschadet wird. Wenn wir die aus der Arbeitslosigkeit der Welt für uns entfallenden Möglichkeiten ausnützen wollen, dann gehört vor allen Dingen dazu aber auch ein energischer Druck auf unserer Regierung, von der die Verhältnisse so anzusehen und so darzustellen sind, wie sie tatsächlich liegen und nicht wie sie von gewisser Seite gern angesehen werden.

Die schwarze Schmach.

Mittwochabend sprach in Leipzig Dittler als Kopf der Frauengruppe der Deutschnationalen Volkspartei über die furchtbaren Leiden, die unsere rheinischen Landsleute unter der fremden Krone zu erdulden haben. Erforderend sind keine Erzählungen von den Verbrechen am Rhein, erforderlich keine Einzelheiten, die keine Zeitung bis jetzt wiedergeben konnte und die nur einer in all ihren Grübeln, in ihrem Selbstmitleid sich finden kann, der unter der gequälten Bevölkerung gelebt hat. Mit Scham, Empörung und Mut im Herzen vernimmt man das systematische Ver-

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warden.

Stückzahl verboten

„Du mußt mir versprechen, mit niemandem zu tanzen als mit mir,“ flüsterte er ihr zu. „Ich würde sonst vor Eifersucht vergehen.“

Aber sie weigerte sich, ihm ein solches Versprechen zu geben. Und sie führte für ihr Widerstreben den sehr vernünftigen und sehr einleuchtenden Grund an, daß dies ohne Zweifel das sicherste Mittel sein würde, einen Ehebruch zu verhindern.

„Nun wohl,“ gab er halb überzeugt zu. „So wirst du mir wenigstens das feierliche Gelöbnis ablegen, diesem Raucourt nicht einen einzigen Tanz zu bewilligen. Ich kann es nicht mitansehen, wie der unerschämte Mensch die Hof macht. Und dich in seinem Arm zu wissen, wäre es auch nur für die Dauer eines kurzen Walkers, brächte mich sicherlich um alle Überlegung. Bei einem solchen Anblick stünde ich für nichts.“

In Hertas Augen blitzte es auf. Sie wäre kein Weib gewesen, wenn sie sich nicht der Taufe bedient hätte, die Eberhard selbst ihr in die Hand drückte.

„Gut — ich will dir's versprechen,“ sagte sie, „meinetwegen mit den heiligsten Eiden, wenn du mir dagegen dein Wort versprichst, daß du nicht zum zweiten Male mit der Komtesse nach Monte Carlo gehst.“

„Ah, das kann ich nicht. — Ich bin durch mein Wort gebunden.“

„Und ich bin durch unsere Eide gebunden, die Dinge nicht ohne die zwingendste Not auf die Spitze zu treiben. Du mußt dir doch selbst sagen, daß es Unfassen erregen würde, wenn ich die Raucourt einen Korb gäbe, falls er mich zum Tanze auffodert. Man würde ohne allen Zweifel eine Erklärung von mir verlangen. Und endlich einmal dürften meine Selbstgegenwart und meine Berzärteltheit dich überzeugen.“

„Ich sehe nicht ein, inwiefern es Unfassen erregen müßte,“ beharrte Eberhard, der immer wärmer wurde, unbekümmert um die Möglichkeit, daß sie von argwöhnlichen Augen beobachtet werden könnten. „Man kann doch einen

Tanz verweigern, ohne damit notwendig fogleich den Verdacht wahrzurufen, daß man mit einem andern verheiratet sei.“

„Ich weiß nicht, wie deine Angehörigen es ansehen würden. Aber ich denke, daß wir sehr gut daran tun, bei jeder Gelegenheit nicht mit den günstigsten, sondern mit den schlimmsten Möglichkeiten zu rechnen und danach unser Verhalten einzurichten.“

Aber sein heißblütiges Temperament erlaubte ihm nicht, ihr zuzustimmen.

„Ich kann dir nur wiederholen, daß ich dir nicht gestatte, mit ihm zu tanzen — und daß ich unfehlbar dazwischentreten werde, wenn du dir in den Sinn kommen lässest, meinen Willen zu mißachten.“

Herta schwieg. Sie erkannte die Gefahr der Situation besser als ihr leibhaftiger junger Gatte, aber sie mußte im Augenblick nicht mehr, durch welches Mittel der Beredsamkeit sie ihn umstimmen sollte. Nach einer kleinen Pause

wollte sie sagen: „Da ist noch etwas anderes, was das ich dich bitten möchte, Eberhard! — Willst du das Geld, das du mir in Verwahrung gegeben hast, nicht lieber bei einer Bank deponieren?“ — „Ich habe es nicht für sicher genug in meinen Händen. Und da ich dieselbe schon binnen kurzen von hier fortgehen werde, möchte ich dieser Sorge vorher entgehen. Denn ich will es unter keinen Umständen mit mir nehmen.“

Aber eben jetzt war er nicht in der Stimm, ihr in irgend etwas nachzugeben.

„Du wirst mir erlauben, darüber anderer Meinung zu sein,“ erklärte er eigenfinnig. „Ich bin der Meinung, daß es so am besten aufgehoben ist, und ich werde nicht einen Pfennig zurücknehmen, ehe es an der Zeit ist.“

„Auch wenn dieser Behf für mich nur eine Quelle der Angst und der Sorge ist?“

„Auch dann! — Denn ich finde deine Angst sehr unnötig und lächerlich. Von einer wirklichen Gefahr kann doch keine Rede sein. Keine Menschenfeinde vermutet dich im Besitz einer solchen Summe. Und wenn ich es bei einer Bank deponierte, wie du vorschlägst, so müßte ich wahrhaftig nicht dafür einsehen, daß ich es nicht angriffe, um das Geld noch einmal herauszufordern, wenn ich mit der Komtesse nach Monte Carlo gehe.“

Er sah, daß eine Flamme die Rote in Hertas Wangen aufstiegt, und er beendete die in der reichen Art, mit der er

unerschütterliche Dinge abzutun hatte, hinzuzufügen: „Solange ich dich in dem Besitz dieses Geldes weiß, bin ich sicher, daß dir kein ernstliches Ungeheiß widerfahren kann, weil du gegen alle Eventualitäten gewappnet bist. Es bleibt also, wie es ist. Und jetzt mußt du mich entschuldigen. Ich sehe, daß die Komtesse auf mich wartet.“

Er entfernte sich raschen Schrittes, während Herta die Empfindung hatte, als ob ihr statt des Herzens ein zentnerschwerer Stein in der Brust läge. Er ließ sie stehen, weil er wohlgenommen glaubte, daß die Komtesse Verlangen nach seiner Gesellschaft für den 14. Juni nicht mehr und mehr alle Anzeichen dafür, daß er auf dem besten Wege sei, die Fesseln, die ihn mit ihr verknüpften, als eine drückende Last zu empfinden und seinen allzu eiligen Schritt zu bedauern? „Möchte er denn überhaupt noch ein Hehl aus seiner wiedererwachten Reueigung für Lydia Aldringen?“

Und was sollten seine Worte bedeuten: Solange ich dich im Besitz dieses Geldes weiß, bin ich sicher, daß du gegen alle Eventualitäten gewappnet bist? Welche Eventualitäten waren es, an die er dabei gedacht hatte? Die Möglichkeit etwa, daß er nicht folgen könnte — daß er sich schon jetzt zu schwach fühlte, die seitdem Reue zu zerreißen, mit denen man ihn nach ihrer Abreise hier umflicken würde? Einmal rieselte es bei dieser entsetzlichen Vorstellung über ihren Körper. Noch glaubte sie ja an seine Liebe, noch konnte sie in ihrem Herzen dem Gedanken nicht Raum geben, daß er mit vollem Bewußtsein darauf ausgehe, sich ihrer zu entziehen und sie zu verraten. — Aber jo glühend wie seine Barmherzigkeit, so gut kannte sie ja auch seine Schwächen. Seine Vertrauenslosigkeit, die impulsive Nachtheit seiner Entschlüsse und die Gutherzigkeit, die ihn zu weichen Worten werden ließ, wo ein charaktervollere Mann hart wie Stein gewesen sein würde. Und wenn sie ihn auch um dieser Schwächen willen nur noch lieber und inniger liebte — daß sie jetzt ebensoviele Gefahren für ihr Glück und für die Ruhe ihres Herzens bedeutete, fühlte sie doch als eine grausame Gerechtigkeit. Und sie litt darüber um so schwerer, als sie all ihre Angst und Qual in den Tiefen ihrer Brust verschließen mußte, in jedem Augenblick ängstlich darauf bedacht, vor den Argwässen ihrer Umgebung zu verbergen, was sie litt.

(Fortsetzung folgt.)

Preuß. Südd. Lotterie.

In 5 Klassen 3 500 Gewinne, 4 Prämien Gesamtsummebetrag über 300 Millionen, zu zahl. Ziehung der 1. Klasse: 27. und 28. Juni. Es empfiehlt sich, von Beginn der Lotterie an teilzunehmen. Lose nach zur Verfügung.

Raymond, Staatliche Lotterieleitung.

Bekanntmachung.

Vom 15. 6. 1922 werden die Rollgebühren für Markierung wie folgt erhöht:

Frechtigt	I. Zone	II. Zone
1-25 kg	Mk. 6,90	Mk. 7,50
26-50 "	" 9,30	" 10, -
51-100 "	" 18,60	" 20, -
101-150 "	" 27,90	" 30, -
151-200 "	" 37,20	" 40, -
201-250 "	" 46,50	" 50, -
Eigent		
	I. Zone	II. Zone
1-25 kg	Mk. 7,70	Mk. 8,50
26-50 "	" 9,20	" 10,50
51-100 "	" 19,60	" 21, -
101-150 "	" 29,40	" 31,50
151-200 "	" 39,20	" 42, -
201-250 "	" 49, -	" 52,50

Bei Sendungen von 251 kg ermäßigen sich die Preise wie folgt: Fracht- und Eigent I. Zone um Mk. —,80 pro 50 kg, Frachtgut II. Zone um Mk. I., — und Eigent II. Zone um Mk. —,50.

Eisenbahn-Verkehrsamt Halle



Optikermeister Fischer

MERSEBURG, Markt 24.
Fachmann für wissenschaftl.
Ist richtige Augenoptik
Besitz optisches Spezial-Ordnat am Platz

Am Sonnabend, den 17. 6. 1922, werden
hohestranden und neuankommender
Milch u. Gärten
zum Verkauf bei uns ein.
Hauptgenossenschaft für
Viehwerbung 2. u. n. d. h.
(Landwirtschaftliche Drahtleitung)
Halle a. S. Fernruf 6335.
Vertiglerstr. 8.

2500 Mk. Belohnung
zahlen wir für Ermittlung des Täters
und Wiederbringung von 2 gestohlenen
bester Viehbesitzern u. 1 kompletten
Reisung. — Vor Anhalt mit gewarnt.
Beunaer Kohlenwerke.

Nur Sonnabends, den 17. Juni in
Hotel „Goldene Sonne“ von 9-5 Uhr.
Kaufe alle
Zahngelisse
auch zerbrochene
Zähne zerbrochene
einzelne Teile etc.
wenn vernünftig, zu hohen Preisen
Gebisse bis 3000.— Mk.
— Hälfte Fahrgeld vergütet. —
Max Jickel, Zahnzt.

**Seiden- u. Samt-
Bänder**
für
leichte Sommerkleider-Garnituren
Reichhaltige Farbauswahl! — Sehr preiswert!
Für die Kinderfeste
werden
Sportgürtel, Söckchen, wb. Strümpfe, Haarschleifen
Handschuhe, Sportkragen, Hosenträger, Sportbänder
nötig, deshalb kaufe jeder so frühzeitig wie möglich.
G. Hoffmann
Telephon 464 Inh. Bernh. Taitza. Markt 19.
Gegründet 1846

Suchen mehrere jüngere
Buchhalter u. Correspondenten
aus Eisen-, elektrischer und Lebensmittelbranche,
sowie
2 perfekte Stenotypisten
Wohn- und Gehaltsverhältnisse wie im Vorkommen.
Für Wohnung und Verpflegung wird
gefordert. Eintritt alsbald.
Gefuche sind zu richten an
**Gärtische Industrie-
und Handels-Unternehmensgesellschaft
Merseburg.**

Kaffeehaus Meußhau
Sonnab., Ringreiten
d. 14. Juni:
Anschließend: **Orpheus Garten-Konert**
Im Saal: **Fänchen**
Von abends **Feßball** bei vollem
7 Uhr an: Dreifach.
Von vorm. 10 Uhr an: **Preisregeln**
n. **Schießen**. 1. Regelpreis: 1 gr. Bahn.
Es laden freundlich ein
Der Wirt. **Die Wirtin**

**Acker-
Verpachtung!**
Am 20. u. d. 21. Juni
d. J., nachmittags 5 Uhr,
in dem im Gutsbesitz
Wettiner Dorf, hier,
Dollstedtstraße
ca. 8 Morgen Acker
— zwischen der Eisenbahn
und der Hallestraße
(Nr. 67-68) gelegen —
den Erben der Frau Julie
Dahn hier, geb. in Bar-
zellen von 1/2 Morgen oder
im ganzen auf 3 hinter-
einander folgende Jahre
öffentlich meistbietend ver-
pachtet. Nebenangebot im
Formin Albert Franke,
beid. Auktionat. u. Taxator

**Gut möbl.
Zimmer**
eicht. Tisch, zum 1. Juli
geleitet. Eigene Bettmatt-
vorhanden. Anzeig unter
24 25 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung.

Lausofan
vernichtet
Kopfläuse
und deren Brut
Bequeme Anwendung. — Völlig unschädlich.
Acht! empfohlen. 1 Flasche für Kur ausreichend.
Ehältlich in Apotheken, Drogerien usw.

Zeichnerlehrling
für Braunaußenwerk bei Merseburg a. bald.
Antritt gelehrt. Eigne Arbeit. Die Stell-
u. Rechnung sind, aus demselben haben. mög-
lichst. m. telephon. Dr. Lebenslauf, Bild, Ref.
unt. 34 27. - an die Expedition d. Bl. richten

Theater Halle.
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:
**Oriano Liebes-
wahn**, Orlando Jurlojo.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
**Der
Zigeunerbaron.**
Jüngeres Mädchen
aus gut. Familie, im Alter
von 14 1/2 Jahren, welches
sich als Stille auszubilden
will, und im Besonderen mit
Italia lit, wird per sofort
oder 1. Juli gesucht. Offert.
unt. 343 21 a d. Exp. d. Bl.

**Einladung
zur
Jahreshauptversammlung**
des
Vereins zur Förderung d. Jugendpflege
im Herzog Christian
am Dienstag, den 27. Juni, nachmittags 5 Uhr,
Merseburg, den 14. Juni 1922.
Verein zur Förderung der Jugendpflege.

**Der
Stahlhelm**

Ortsgruppe Merseburg.
Sonnabend, den 17. Juni, abends 8 Uhr
**Sonnen-Wendfeier
am Rossbaldenknai.**
Die Kameraden werden aufgefordert, um 4 1/2 Uhr
nachmittags vor dem Bahnhof zur Abfahrt mit dem
Ange 58 Uhr rechtzeitig anzutreffen. Freunde und
Gönner sind herzlich eingeladen.

Beth's Gesellschaftshaus
Sonntag abends 8 Uhr im großen Saal:
Die Millionenbraut
oder **ein Milliardenbauer**
Operette in 3 Akten von Stephan.
Direktion Dechant.
Preise der Plätze:
10 — und 12 — Mark einschl. städt. Steuer.
Vorverkauf: Tierpark 4 u. im Thea. er-Büro.

**Im Kaffee: Sonnabend u. Sonntag
Konzert und Cabarett.**

Klause.
Täglich:
Künstler-Konzert.

Beilage zu Nr. 139 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 16. Juni 1922

Besteuerung der Ausländer.

Die Frage der Besteuerung der Ausländer ist in den letzten Wochen besonders oft in der Öffentlichkeit und an beruflichen Stellen besprochen worden. Leider, so muß man sagen, rechtlich hat, denn schon heute, "arrivieren" wir uns eines Fremdenzutrages von Ost und West und Übersee; der von manchem Gewerbe als angenehm, von der Allgemeinheit des deutschen Volkes aber wenig freudig begrüßt wird. Wir haben keinen Ueberfluß, und wenn der Arme noch mit dem Scheiden, der aus ganz gewissen Gründen uns bedrückt, das Besteige teilen soll, das, nebenbei gesagt, noch durch das Wohlhabenden verteuert wird, so ist es nur recht und billig, wenn die Ausländer uns einen angenehmen Zoll für ihren Besuch geben.

Früher als wir noch wohlhabend waren, hatten wir nicht so viel fremde Gäste im Lande; erst seitdem unsere Welt so gut wie nichts mehr wert ist und der Dollar alles bedeutet, sehen wir einen Massenbesuch von Ausländern bei uns. Sie kommen nicht wegen unserer lieben Augen, wegen unseres treuen Herzes, sondern lediglich, weil sie hier mit ihrem valutastarken Geldbeutel leben können wie die Götter. Und wie? Heute ist es für den Mittelstand unmöglich, die notwendige Erholung an der See und im Gebirge zu finden. Abgesehen von den sogenannten Kurorten, sind es die Ausländer, die die Kurorte bevölkern. Das unter diesen Umständen die Forderung erhoben wird, von den Ausländern eine besondere Abgabe zu nehmen, die der Allgemeinheit zugunsten, erscheint durchaus berechtigt, und man kann nur hoffen, daß von Regierungseite aus dieser Wunsch möglichst umgehend erfüllt wird.

Die Art, wie diese Abgabe geregelt wird, bedarf natürlich eingehender Beratung, denn nach den Bestimmungen des Versailleser Vertrages dürfen Angehörige der "alliierten und assoziierten" Mächte keiner Sondersteuer unterworfen werden. Einen gangbaren Weg zeigt Professor Dr. Freiherr v. Freytag-Beringhoven im "Tag". Das Einkommensteuergesetz vom 29. März 1920 erklärt Ausländer für Einkommensteuerpflichtig, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz haben oder sich des Erwerbes wegen oder aber sich länger als sechs Monate dort aufhalten. Damit dieser Bestimmung entgegen der Einkommensteuer alle die unzulässigen Ausländer, die Deutschland als Besuchsbesucher überflutet. Denn sie haben weder einen Wohnsitz, noch gehen sie ihrem Erwerb nach, und selbstverständlich kehren sie dem Lande den Rücken, bevor die sechs Monate abgelaufen sind, und der deutsche Fiskus hat das Nachsehen.

Diese Vorschrift muß geändert werden. Das läßt sich tun, ohne daß die Entente Einspruch zu erheben vermöchte. Es würde keine Benachteiligung ihrer Staatsangehörigen bedeuten, wenn diese verpflichtet würden, vom ersten Tage ihres Aufenthaltes ab Einkommensteuer zu zahlen. Selbstverständlich wäre eine ordentliche Veranlagung unmöglich,

Aber wie jedem Deutschen, der Gehalts- oder Lohnempfänger ist, ein vorläufiger Abzug in der Höhe von 10 Prozent gemacht wird, so steht nichts im Wege, daß auch vom Ausländer eine vorläufige Steuer erhoben wird, die endgültig zu verrechnen ist, wenn er ein halbes Jahr lang im Land bleibt und eine ordentliche Steuererklärung abgibt. Geht es nicht, so hat es — meist wohl zu seinem Vorteil und zum Schaden des deutschen Fiskus — sein Verwenden bei der vorläufigen Steuer. Die vorläufige Steuer kann natürlich nicht so erhoben werden, wie vorgeschlagen worden ist, daß nämlich jeder Ausländer einen Dollar für den Tag zahlte. Denn das wäre eben eine Sonder- und keine Einkommensteuer. Und nur eine solche können wir angeht des Artikels 276 des Versailleser Friedensvertrages erheben.

Es will aber scheinen, als wäre folgender Weg gangbar. Da das Einkommen des Ausländers sich nicht feststellen läßt, werden der Besteuerung die Ausgaben zugrunde gelegt, die er macht. Da sie regelmäßig hinter seinen Einnahmen zurückbleiben werden, so läge darin keinerlei Benachteiligung. Naturgemäß lassen sich aber auch sie nur zu einem Teil feststellen. Das genügt jedoch vollkommen. Man nehme die Miete, die er für seine Wohnung, den Zimmerpreis, den er im Hotel oder in der Pension zahlt. Nach einer bekannten Berechnung, die vor dem Kriege galt und auf den Ausländer auch jetzt noch anwendbar ist, beträgt der Aufwand für Wohnung und normalerweise 15 bis 20 Prozent der gesamten Lebenskosten. Man lege diese Berechnung zugrunde, wobei man die Kosten der Wohnung nur mit 5 multipliziert, um Einwände abzuschneiden, und erhebe einen bestimmten Satz dieses Betrages als Einkommensteuer. Man kann, so wie es den Reichsdeutschen gegenüber geschieht, die Sätze abhaken, man kann sich der Einfachheit halber mit 10 Prozent begnügen, die somit der Hälfte der Wohnungs- oder Zimmermiete entsprechen. Ein erheblicher Betrag wird sich auch dabei ergeben.

Die Erhebung dieser Steuer würde nur geringfügige Schwierigkeiten machen. Ist jeder Arbeiter verpflichtet, 10 Prozent des von ihm auszuahlenden Lohnes einzubehalten, so kann man es ruhig den Beamten auflegen, die Einkommensteuer von den bei ihnen wohnenden Ausländern einzuziehen.

In einzelnen wird sich natürlich der Steuerzahler zu dieser Frage zu äußern haben. Voraussetzungen ist aber, daß der valutastarke Ausländer das Geld des deutschen Volkes nicht ohne jede Gegenleistung ausbeute, daß dem Reiche eine neue, wahrscheinlich recht ergiebige Einnahmequelle eröffnet werde, deren Ausbeutung übrigens auch den Kindern oder den Gemühten überlassen werden könnte, und daß auf solche Weise dem deutschen Volke wieder etwas mehr Lebensraum geschafft werde.

Politische Rundschau

Die Regierung und die Finanzkontrolle.

Was bedeutet die Regierung zu tun? Diese Frage weist Staatsminister Dr. Helfferich, M. d. R., in einer längerer Betrachtung über den "negativen Ausgang der Verhandlungen des Pariser Anleihekomitees" in der "Deutschen Tageszeitung" vom 15. Juni auf.

Wollte die deutsche Regierung nach diesem Ausgang der Pariser Verhandlungen dem Garantiefomitee, das dieser Tage in Berlin eintrifft, um die Kontrolle der deutschen Finanzen zu organisieren, die deutsche Finanzwirtschaft ausliefern? Meines Erachtens war die Reichsregierung in keiner Weise ermächtigt, der Reparationskommission die hinsichtlich der Finanzkontrolle in der Note vom 27. Mai enthaltenen Zugeständnisse zu machen. Es handelt sich hier nicht nur um Änderungen der gesetzlich festgelegten Finanzorganisation des Reiches, sondern auch um Änderungen der Verfassung des Reiches selbst, wie sie ohne Zustimmung des Reichstages, und zwar mit der für Verfassungsänderungen vorgesehene Mehrheit, nicht durchgeführt werden können. Die Regierung kann sich auch nicht auf eine indirekte Zustimmung des Reichstages berufen, da sie nicht genügt hat, vor oder nach Abendung der Note vom 27. Mai ein Votum der Billigung oder des Berrückens vom Reichstag zu erwirken, und da das gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgelehnte Mißtrauensvotum lediglich auf die formale Zustimmung des Reichstages durch die Regierung Bezug nahm. Die Regierung ist also auch in Sachen der Finanzkontrolle in keiner Weise durch den Reichstag gebunden. Der schärfste Protest muß unter diesen Umständen gegen jede Verhandlung erhoben werden, die das Reichskomitee über die Durchführung der Finanzkontrolle mit dem Garantiefomitee jetzt eingeleitet beabsichtigt. Wer nach dem Scheitern der Pariser Verhandlungen lediglich um des nur für das eine Jahr 1922 zugesprochenen, auch für 1922 unerfüllbaren "Zellmatoratoriums" willen die deutsche Finanzhoheit an die Reparationskommission vertritt, gehört vor den Staatsgerichtshof.

Sowjetrussland.

Der Scherbrock gegen die Sozialrevolutionäre.

Man entsetzt sich, daß auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen im Frühjahr dieses Jahres lang und heftig darüber geschrieben wurde, ob zu dem bevorstehenden Übereinkommen gegen die russischen Sozialrevolutionäre von der Sowjetregierung ausländische, d. h. nichtkommunistische Verteidiger zugelassen würden. Die Zugabe wurde gemacht, und außerdem vertragen die Vertreter der Dritten Internationale, daß keine Todesurteile gefällt werden würden. Zugleich sind die ausländischen Minde, und zwar der Belgier Vandervelde und die Deutschen Theodor Kiefelmeier und Kurt Rosenfeld, in Moskau eingetroffen, und sie haben gleich bei ihrer Ankunft eine Probe davon erhalten, wie

mittlerweile die Massen von den bolschewistischen Drahtziehern gegen die Angeklagten und auch gegen ihre Verteidiger aufgeführt worden sind.

Die Angeklagten, deren politische Stellung etwa der unserer Unabhängigen entspricht, werden beschuldigt, zwei Kommissare des Petersburger Arbeiterrates erschossen und Lenin verwundet zu haben. Die Angeklagten sollen zum Teil geflüchtet sein, aber es wird vermuthet in dem Prozesse, der Donnerstag begonnen hat, auch davon die Rede sein, wieviel Sozialrevolutionäre zur „Vergeltung“ oder schon vorher von den Bolschewisten hingerichtet worden sind.

Worläufig liegt ein Bericht von einer Plenarversammlung der Moskauer Sowjets vor, die sozusagen sich als Vorkriegsgericht aufgaben, und worin Nadel eine seiner aufstrebenden Reden gehalten hat. Er sprach das eigentliche Motiv des ganzen Prozesses, die Absicht, die Partei der Sozialrevolutionäre zu vernichten, unverhüllt aus, indem er erklärte: „Wie auch das Urteil ausfallen würde, es werde in jedem Fall ein Todesurteil für die Partei der Angeklagten sein. Das ganze Verfahren ist eben ein politischer Akt, der mit Gerechtigkeit nichts zu tun hat, und der alles weit hinter sich läßt, was jemals weltlichen Gerichten vergangener Jahrhunderte an Maflosigkeit oder Parteilichkeit hat nachgeahmt werden können. Nadel nahm auch das Urteil gegen die Angeklagten voraus, indem er behauptete, die russische Arbeiterklasse habe das Urteil bereits gesprochen und fordere, daß die Mörder verurteilt würden. Einzelne Mitglieder der Versammlung unterfügten ihn in dieser Beeinflussung des Gerichtes, indem sie verlangten, es müßte das höchste Strafmaß angewendet werden ohne Rücksicht auf die Versprechungen, die man in Berlin bei der Montierung der drei Botschafter gemacht habe!“

Ein besonderes Wort verdient noch die unendliche Stellung, in die in Moskau die ausländischen Verteidiger geraten sind. Man schmäht sie, weil sie die Verteidigung übernommen haben, und die kommunistischen Verteidiger rechtfertigen sich selbst damit, daß ihre Klienten inwärtigen zur kommunistischen Partei übergetreten seien! Das sind erkannte „Judefische“ Versuchungen. Die deutschen und der belgische Verteidiger haben einen Brief an den Volkskommissar für Justizwesen richten müssen, den die „Freiheit“ veröffentlicht. Darin befragen sie sich, daß ihnen alle Freiheit der Handlung und Bewegung genommen sei, da sie ständig von drei Beamten beaufsichtigt würden. Man verweigert ihnen selbst die Erlaubnis, sich mit den russischen Verteidigern zu besprechen. Man begründet das alles damit, daß man die Fremden „schützen“ wolle vor der Wut der Volksmenge, die man selber erst furchtlos gegen sie aufgeführt hat. In der Tat ein Kulturverderb, in dessen Strich die gesamte Presse aller Kulturländer einig ist.

Aus der Angeklagtenbewegung.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, die christlich-nationale Gewerkschaft der männlichen kaufmännischen Angestellten, veröffentlicht seinen Jahresabschluss. Wie entzogen diesen nachdrückliche Angaben: Die Einnahme an Beiträgen im Jahre 1921 betrug 26 Millionen Mark. Davon konnten mehr als 2 Millionen Mark für die Kapitalbildung verwendet werden. Der gesamte Jahresumsatz des Verbandes einschließlich der ihm angeschlossenen Unternehmungen belief sich auf 120 Millionen Mark. Der Verband besitzt zu Zeit 22 eigene Verbandshäuser in fast allen großen Städten des Reiches. In 130 berufsmäßig

geleiteten Geschäftstellen (davon 4 in Deutsch-Oesterreich, 9 in der Tschechoslowakei, 1 in Spanien, 1 in Chile) beschäftigt er insgesamt 680 Angestellte. Dazu kamen noch 500 Angestellte seiner Verbandstrantantente. Die Trantantente ist aus dem Geschäftsjahr 1921 mit 149 133 versicherten Mitgliedern ab. Inzwischen ist ihrer Mitgliederbestand auf 160 000 Mitglieder angewachsen. Außerdem laufen 56 000 Familienversicherungen. Die Verbandstrantantente hatte eine Jahreserlöse von 56 Millionen Mark. Sie ist Besitzerin des großen, modernen eingerichteten Kaufhauses Friedrichsbecken im Harz.

Das eigene Versicherungsunternehmen des Verbandes, die Deutschnationale Versicherungs-Rückversicherungs-Gesellschaft hat zuletzt einen Versicherungsbestand von 280 Millionen Mark. Die Verbandsdirektion hat sich zu einem Großbetrieb entwickelt. Sie ist mit einem reichen modernen Maschinenpark ausgestattet. Ihr Jahresumsatz belief sich auf 10 Millionen Mark.

Der Verband ist der Hauptaktionär der gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Rückversicherungen, die auf ihrem Gebiete sich zur angesehensten und erfolgreichsten - Gesellschaft entwickelt hat. In dieser gemeinnützigen Aktiengesellschaft ist auch der Preussische Staat beteiligt. Während beteiligt ist der Verband ferner an der ersten deutschen Arbeiter-Versicherungsgesellschaft für deutsche Arbeit G. m. b. H. und an der Verlagsgesellschaft „Der Deutsche“, sämtlich in Berlin.

Der D. N. V. zählt gegenwärtig 270 000 Mitglieder mit einem Regelbeitrag von 40 Mark monatlich. Er ist zahlreich und auch in organisatorischer Hinsicht der stärkste Verband der kaufmännischen Angestellten. Seine neueste Maßnahme, durch Annäherung eines „Kapitalbezuges für deutsche Arbeit“ die Verbandsmittelglieder an den Erträgen der deutschen Wirtschaft zu beteiligen, ist viel besprochen worden.

Preisnachlass und Frachtermäßigung bei Düngerverbrauch im Sommer.

Unter Beteiligung des Reichsverkehrsministeriums, der Vertreter der landwirtschaftlichen Körperschaften und der Düngemittelindustrie fand im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Besprechung eines Verfahrensprogramms statt, daß die Versorgung eines Verbrauchsgebietes mit Düngemitteln, insbesondere mit Kartoffeln und Brotgetreide sicherstellen soll. In dieser Besprechung wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß der Plan, von Sept. ab Kartoffeln in ausreichender Menge an die Verbraucher zu bringen, nur dann durchgeführt werden könne, wenn eine Entlastung der Eisenbahn auf anderen Gebieten stattfindet, wenn insbesondere ein erheblicher Teil der Düngemittel bis zum September bereits von den Werken zu den Verbrauchern abgeholt werden ist. Zur Unterstützung dieses Vorhabens hat das Reichsverkehrsministerium einen

Preisnachlass für Düngesalz (Mali)

mit Gültigkeit vom 16. Mai 1922 bis 30. April 1923 geschlossen, bei einer Ermäßigung von 30 Prozent für die Monate Mai, Juni, Juli; von 20 Prozent für die Monate März, April, August, September; von 15 Prozent

für die Monate September, Oktober, November, Januar und Februar vorlieb.

Zum weiteren Anreiz für die Verbraucher beschloß das Reichsministerium, bei dem Bezug im Sommer einen Preisnachlass zu gewähren. Wünschenswert wäre es, wenn die Bezüge von Düngemitteln und phosphorhaltigen Düngemitteln sich ebenfalls zum Kauf während des Sommers in erheblicherem Maße als bisher entfalten würden, zumal von 15. September ab eine Erhöhung der Gültigkeit für diese Düngemittel stattfinden wird. Da von Juli ab bereits die Getreideförderung einsetzt, müssen Düngemittel unverzüglich auf die Bahn gebracht werden. Als an Düngemittelverkehr beteiligten Kreise müssen damit rechnen, daß bei dem im September beginnenden Kartoffelverband Düngemittel möglicherweise überhaupt nicht mehr befördert werden können. Auch wird in diesem Wirtschaftsjahr voraussichtlich eine Beschränkung des Düngemittelverkehrs von Mitte September bis Ende November in größerem Umfang als im Vorjahre angeordnet werden, falls dieser den Kartoffelverband erheblich fördern sollte. Mit der Wiederaufnahme der Düngemittelbeförderung könnte dann erst nach Eintritt des Frostes, insbesondere vom Januar ab, gerechnet werden.

Bunte Zeitung

Ein Flugzeug, das in der Luft klinkt.

Auf Veranlassung der britischen Admiralität wurden in den letzten Tagen Versuche mit einem neuen Flugzeug, einem sogenannten Brennaer-Helicopter, angestellt, die außerordentlich erfolgreich waren. Der „Manchester Guardian“ gibt an, daß das neue Flugzeug alle die Bedingungen erfüllt habe, die das Luftfahrt-Ministerium für den Preis von 50 000 Sterling für den Erfinder ausgeschrieben hatte. Man erwartet, daß mit diesem neuen Flugzeug eine neue Epoche des Flugwesens beginnen werde. Der Helicopter wurde mit Unterstützung der Regierung von einem Mr. Brennan entworfen und auf dem Flugplatz in Southamborough in Hampshire gebaut. Der Mann wurde streng geheim gehalten. Das Ministerium für Luftfahrt hatte für das neue Flugzeug die Anforderungen aufgestellt, daß es zuerst mit eigener Kraft auf eine Höhe von 2000 Fuß steigen und darauf einen Flug von einstufiger Dauer ausführen könne. Zweitens müßte das Flugzeug imstande sein, selbst bei hartem Winde eine halbe Stunde auf einem bestimmten Punkt zu schweben. Drittens muß es imstande sein, mit abgewinkelten Maschinen bei starkem Winde eine fast senkrechte Landung vorzunehmen. Viertens muß es eine Geschwindigkeit von 60 englischen Meilen je Stunde erzielen. Der neue Helicopter hat sämtliche Bedingungen vollständig erfüllt. Man erwartet, daß diese Erfindung eine vollständige Umwälzung hervorbringen werde, da Flugplätze unnötig gemacht werden und die Maschine imstande ist, auf irgendeinem beliebigen Hüderbache zu landen. Auch für militärische Zwecke wird das neue Flugzeug Verwendung finden können, da es unbemerklich über irgendeinem Punkte lange Zeit schweben und sich fast unsichtbar machen kann.

Certan
Wanzen
Erhältl. in Apotheken, Drogerien usw.